

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 119

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages nach 6 Uhr durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Anzeigenpreis Nr. 4094 u. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzehntägigen Beilagen oder deren Raum 15 Pf., für Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120.

Freitag, den 26. Mai 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Landarbeiter in Nordwestdeutschland.

Während die Agrarier wollen, daß es dem Landarbeiter unmöglich gemacht werde, über sein heutiges wirtschaftlich-soziales Niveau hinauszugelangen, wissen einsichtiger Leute, daß es von größter Bedeutung ist, den Landarbeitern den Weg zu weisen, der zu größerer Theilnahme an den Erzeugnissen der Kultur führt. Der Landarbeiter hat es wirklich nötig, daß seine Lage sich bessert, denn jumeist ist er der Elendeste von Allen. Das ging schon einigermassen aus der Enquete hervor, welche seinerzeit der Verein für Sozialpolitik veranstaltet hatte, obwohl sie nur auf Angaben der ländlichen Arbeitgeber fußte. Nun beginnt aber eine neue Serie von Publikationen zu erscheinen, die noch deutlicher zeigen, wie es mit den Landarbeitern bestellt ist.

Zwei Hefte eines Werkes, das Professor Max Weber herausgibt, liegen unter dem Titel „Die Landarbeiter in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands, in Einzeldarstellungen nach den Erhebungen des Evangelisch-sozialen Kongresses“ vor. Das erste Heft enthält nebst einer Vorbemerkung Webers die Schilderung der Landarbeiterverhältnisse in der Provinz Sachsen, sowie den Herzogthümern Braunschweig und Anhalt; es ist von Dr. E. Goldschmidt verfaßt. Das zweite Heft betrifft die Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover östlich der Weser, sowie die Gebiete des Fürstenthums Lüneburg und der freien Städte Lüneburg, Hamburg und Bremen. Verfasser ist Dr. A. Grünberg. Später wird eine zusammenfassende Darstellung von Professor Weber erscheinen.

Es ist natürlich nicht möglich, hier ein Bild zu geben von den zahlreichen interessanten Einzelheiten, die in den zwei Heften (von zusammen etwa 350 Seiten) enthalten sind, aber wir wollen versuchen, in wenigen Worten das Resultat der Untersuchungen festzustellen. — Die Landwirtschaft ist kapitalistischer und damit sind die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegensätzlicher geworden. Schrofne Formen kennzeichnen das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern. Ein Kenner der Dinge bemerkt: „Es ist schwer zu entscheiden, ob, wie die Bauern behaupten, das Verhalten des fremden Gesindes zc. eine andere Behandlung unmöglich macht, oder aber die schlechte Behandlung diese Entartung befördert. Wenn auch die Schuld auf beiden Seiten liegt, und mancherlei äußere Umstände hinzukommen, welche die herrschenden Mißstände mitbedingen — Freizügigkeit, Fabriken zc. — so kann ich doch die Herren von der Hauptschuld nicht freisprechen und sehe meine Ansicht durch Beobachtung des Gegentheils aus nächster Nähe bestätigt.“

Das Einkommen der Arbeiter entspricht zumeist nicht den Anforderungen, die billigerweise zu stellen sind, und von den Arbeitgebern erfüllt werden könnten. Die Budgets der Arbeiter sind oft geradezu jämmerlich: Alle diejenigen Arbeiter, die kein Land besitzen, „und das ist eine sehr große, wenn nicht die Mehrzahl, fristen ein freudenloses, zum Theil klägliches, in arbeitsloser Zeit oft ein durch Entbehrungen erschwertes Dasein.“ Die Wohnungsverhältnisse zeigen ein betrübendes Bild, sie entsprechen weder den Postulaten der Humanität noch der Sittlichkeit. „Die Folgen dieser Uebelstände zeigen sich in der horrenden Unsittheit und deren stetem Zunehmen, in der großen Verkümmernng des moralischen Bewußtseins.“ Frauen und Kinder werden zu allen möglichen Arbeiten herangezogen; trotzdem verdient z. B. ein Knecht im Kreise Worbis nicht einmal 650 Mark (inkl. des Verdienstes von Weib und Kind) im Jahr.

Die Ernährung der Landarbeiter ist verschieden. „Während in Gegenden mit ansehnlichen Naturalempfängen die Unterschiede in der Ernährung der Arbeiter und Bauern auf ein Minimum zusammenschrumpfen und beide Schichten der ländlichen Bevölkerung gleich gut oder schlecht leben, wird da, wo das rein geldwirtschaftliche Arbeitsverhältnis vorherrscht, also gerade in den bevorzugten Gegenden, die Lebenshaltung des Arbeiters im Verhältnis zu den Besitzenden gerade eine geradezu jämmerliche genannt. Bezeichnend für den Standard of life (Lebenshaltung) in solchen Gegenden ist schon allein die Thatsache, daß bei Aufzählung der Hauptnahrungsmittel

fast regelmäßig zuerst die Kartoffel genannt wird!“ Weide Verfasser sind schließlich der Ansicht, daß die „Leutenoth“ ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Dafür sorgt nebst dem Anderen auch der Ton in der Behandlung der Arbeiter. „Der Arbeiter muß sich viel gefallen lassen und manche Nothheit hinunterschlucken.“ . . . „Alle diese Momente zusammengefaßt, welche noch verschärft werden durch die von den Berichterstattern konstatarnten Thatsachen, daß den Arbeitern oft noch Abzüge von ihrem geringen Lohne — wenn auch in Folge von Verschuldung — oder Lohneinbehalten gemacht werden, daß Entlassungen von guten Arbeitern bei relativ geringen Lohnföhen vorkommen, um billigeren Arbeitskräfte einzustellen, daß für den Winter nicht für hinreichende Beschäftigung der seßhaften Arbeiter gesorgt wird, endlich überhaupt die Schärfung der Klassengegensätze — objektiv und subjektiv — alle diese Momente tragen in erheblichem Maße mit dazu bei, daß die Landarbeiter mehr als früher bestrebt sind, abzuweichen oder wenigstens ihre Kinder immer mehr in andere Berufe überzuführen. Der Leutenangel nimmt damit zu und hat unter den obwaltenden Umständen noch nicht seinen Höhepunkt erreicht. Es ist im Gegentheil wahrscheinlich, daß er noch bedeutend zunehmen wird.“

Dies ist in aller Kürze das Ergebnis der Enquete, soweit sie bisher vorliegt. Die Enquete bestätigt die Behauptungen Derer, die sagen, daß es dem Arbeiter auf dem Lande meist schlechter gehe, als den Kategorien der industriellen Arbeiterchaft. Man kann es nur als ein Zeichen des Fortschrittes betrachten, daß in die Landwirtschaft immer mehr Leben kommt, daß sie immer mehr gegen den Druck seitens ihrer Ausbeuter sich aufbäumen. Die Landflucht wird das einzige Symptom dieses Widerstandes nicht bleiben.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Von einer Vertagung des Reichstages um Mitte Juni ist, wie die „Post“ wissen will, nicht mehr die Rede; man werde mit einer Dauer der Verhandlungen bis gegen Ende des Monats zu rechnen haben. — Fragt sich nur, ob der Reichstag so lange beschlußfähig bleibt.

Dunkle Drohungen. Ein für den Spiritusring eintretendes Schreiben aus Alenstein klagt darüber, daß hauptsächlich Brennereien kapitalkräftiger Besitzer, die ihre Einkünfte nur zum Theil aus der Landwirtschaft ziehen, dem Spiritusring noch fehlten. Es müsse angenommen werden, daß auch sie allmählich zur „Einsicht“ kommen werden und dem Ring beitreten. „Sollte dies aber wider Erwarten“ — so heißt es wörtlich — „nicht der Fall sein, so wollen wir ihnen zeigen, daß Einigkeit stark macht. Die Herren sollen erfahren, daß sie durch ihr Fernbleiben von unseren Bestrebungen nur sich selbst geschädigt haben.“ Es wird alsdann darüber geklagt, daß in der Provinz Ostpreußen nur 6,3 Millionen Liter beigetreten sind. — Was soll denn den Leuten, welche sich nicht zum Ring pressen lassen wollen, passieren?

Blut muß fließen. Zur besten Hezerei giebt sich wieder einmal das amtliche „Dresdener Journal“ her. Unter dem Titel: „Zeitbetrachtungen eines Unbefangenen“ veröffentlicht es eine Artikelreihe, deren erster den Untertitel: „Verfall der Religion und Sitte“ trägt. An Niederträchtigkeiten gegen die Sozialdemokratie wird darin Alles, was nur möglich ist, zusammengetragen und der rohesten Gewaltpolitik das Wort geredet. Der Mord an dem Justizrath Levy im Oktober 1895 in Berlin, der Mord an der Kaiserin von Oesterreich, „die beim Löttauer Falle zu Tage gekommene vielschichtige Nothheit verheerter Sozialdemokraten“, so heißt es im Eingange des Artikels, „werfen ein trauriges Licht auf die heutigen Zustände.“ . . . Mit Recht ist gesagt worden, derartige Wuben dürften sich im Gefängnis nicht wohl fühlen; eine tägliche kräftige Prügelpuppe wäre solchem Gefindel dienlicher als gute Kost und liebevolle Behandlung.

Was ist ausgerichtet mit sittlichem Abscheu und Enttäuschung, was helfen Gericht und Strafe, so lange eine Bande von Leuten, deren ganzes Dichten und Trachten dahin geht, den Glauben an Gott, die Liebe zum Vaterlande und die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit aus dem Herzen des Volkes zu reißen, offen und ungehindert ihr Wesen treiben darf? Weiterhaben wie Södel, Nobilität, Navachol, Caserio, Sacchini werden öffentlich als Helden und Märtyrer gepriesen; in der Tagespresse und in

den Versammlungen einer an Mitgliedern starken Partei werden die Mordgesellen von Chicago und der Pariser Kommune verherrlicht; in der Reichshauptstadt will man ein Jubelfest für den Anführer von 1848 feiern und den gefallenen Empörern auf dem Kirchhofe ein Ehrenbismarck errichten; ohne Scheu wird gelehrt, Mord zu politischen Zwecken sei erlaubt, nach Beständen sogar verbienlich; Weineid und Lüge werden, soweit sie der Partei nützen, gebilligt und empfohlen; der Glaube an Gott, Ewigkeit und längstes Gericht wird als Aberglaube verspottet; durch die Lehre von der freien Liebe werden die wilden sinnlichen Triebe entseßelt und die Grundlagen der Familie untergraben; kein Ansehen und kein Gebot, am wenigsten das der Obrigkeit und der Geseze soll in Geltung bleiben; die allbewährten Lehren der guten Sitten sollen unverträglich sein mit „Freiheit“ und „Manneswürde“ und werden schamlos mit Füßen getreten.

Daran trägt nach dem „Dresdener Journal“ die Irreligiosität und die Unentschlossenheit der Regierungen im Kampfe die Hauptschuld. Deshalb hat die Unbarmhzigkeit immer weiter um sich gegriffen: „die Volksverführer sind dank der sanften Behandlung nur in immer frecher, ihr Anhang ist immer größer und begehrtlicher geworden.“ Endlich müsse der Kampf ausgenommen werden. Je später er ausgenommen wird, desto schwerer die Opfer, desto unsicherer der Erfolg. „Es könnte schon längst entschieden sein, und würde weniger Opfer gekostet haben, wenn er schon früher mit Entschlossenheit ausgenommen und mit Nachdruck durchgeführt worden wäre.“ . . . Wir freilich, die Freunde der Ordnung und Obrigkeit, wir kämpfen nicht; wir sind bloß ängstlich darauf bedacht, daß gegenüber der Partei des Umsturzes ja nichts geschehe, was als eine Verkümmernng der sogenannten Volksrechte angesehen werden könnte. Wir kämpfen nicht. Aber die Umstürzler kämpfen schon lange. Und mit welchen Mitteln: mit Lug und Trug, mit Heuchelei und Weineid, mit Messern und Dolchen, mit Pulver und Blei, mit Dynamit und Brandlegung.“ Und die Ordnungsparteien sehen ruhig zu, wo wir schon einen Kampf der schlimmsten Art haben, bei dem der Eine wehrlos (!) dasteht, der Andere (natürlich die Umstürzler!) „aber unbarmhzig auf den Friedfertigen losschlägt.“

Jetzt ist es aber noch Zeit, mit gesetzlichen Mitteln diesem Kampfe zu begegnen. Zu diesen gesetzlichen Mitteln gehört die Armee und zwar ist sie „das höchste und beste aller gesetzlichen Mittel.“ Sie hat die Aufgabe, nicht bloß gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde das Eigenthum u. s. w. zu verteidigen.

Zum Schluß des Artikels heißt es: „Noch ist die Staatsgewalt in der Uebermacht. Zeigen ihre Vertreter, daß sie fest entschlossen sind, von ihrer Macht Gebrauch zu machen, so werden die Ordnungsgesinde sich wohl hüten, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Sollten sie es dennoch wagen, so würde mit einem entscheidenden Schlage Ruhe geschafft für lange Zeit. In Sachsen haben Regierung und Stände mit dem neuen Wahlgesetze einen guten Anfang gemacht. Die Bekämpften schrien grimmig auf; aber beim Schreiben ist es geblieben, die Kraftprobe wurde nicht gemacht. Dies kann zur Lehre dienen.“

Also zu lesen in dem amtlichen Blatte, dem „Dresdener Journal.“ Der blöde Haß, der aus dem Artikel herauspricht und alle Dinge lunderbunt durcheinanderwerfen läßt, ist offenbar von politischem Wahnsinn diktiert. Dieser Wahnsinnsausbruch muß niedriger gehängt werden, damit ihn jeder Mann kennen lerne. Aber diskutiren kann man darüber nicht.

Herr von Frege-Welkien ist vom Schreibbatterich befallen. Diesmal hat er die hervorragenden unbedeutenden „Dresdener Nachrichten“, die er als verbreitetstes und beliebtestes Blatt Sachsens bekomplimentirt, mit einem Schreibbrief beglückt, in dem er seinem übervollen Präfibentenherzen Luft macht. Er klagt darin, daß es mit der Parlamentsberichterstattung im allgemeinen schlecht stehe, rühmt sich, auf „eine eiternde Wunde unserer Preßverhältnisse“ hingewiesen zu haben und behauptet, daß diejenigen Kreise auf deren Zustimmung er Werth lege, ihm allenthalben zustimmten. Ob das letztere zutrifft, wird ja die Zukunft lehren, wenn das Parlament zu entscheiden hat, ob Herr v. Frege wieder ins Präfibium gewählt werden soll.

Wie übrigens Herr v. Frege, der augenblicklich noch Vizepräsident des Reichstages ist, über die gesetzgebende Körperschaft des deutschen Reichs denkt, zeigt folgende Stelle seines Briefes:

Als die Anstigmädungskommission des Reichstages in einem „lustigen“ Blatte als Affe dargestellt war, la honneur des

in welchen die deutsche Sprache „in ihrer Bedeutung (1?)“ als entscheidend überwiegend anzusehen ist, ist diesem Verhältnis durch geeignete Bestimmungen Rechnung zu tragen.“ Die nationale Abgrenzung Böhmens hätte „unabhängig von den schwankenden Ergebnissen der Volkszählung stattfinden“ (auf Grund welcher Thatsachen denn?), die Beamten gewisser Landesteile müßten nicht nur die deutsche Sprache beherrschen, sondern auch „deutscher Nationalität sein“, wobei freilich verschwiegen wird, wie die deutsche Nationalität bestimmt und amtlich festgestellt werden könnte. Nationale Kurien sollen in den Landtagen gebildet werden und ein Vetorecht „in allen ein wichtiges nationales Interesse“ betreffenden Angelegenheiten erhalten. Was „wichtige nationale Interessen“ sind, ist nicht gesagt. Abgesehen davon, die autonomen Behörden hätten ihre ausschließliche Amtssprache selbst festzusetzen, der folgende Absatz will, daß in gemischten Gebieten die autonomen Behörden beide Sprachen gebrauchen sollen! Das Unterrichtsbudget der Länder soll „nach einem zu vereinbarenden Schlüssel“ national geteilt werden.

Diese Proben, die ins Unendliche vermehrt werden können, beweisen genugsam, wie sehr das Werk des Redaktionskomitees den ersten Ansprüchen entspricht, die an ein politisches Programm gestellt werden müssen: Unzweideutigkeit und Klarheit. Wo es sich nicht um ganz selbstverständlich gewordene alte Forderungen handelt, wie die Befestigung der Sprachverordnungen und des § 14, wo es sich um unbeantwortete Fragen und ungelöste Aufgaben handelt, drückt sich das Komitee mit ein paar unverständlichen Phrasen um den allzuheißen Wein. Wo sonst das Programm verständlich ist, klingt es wie ein nationalliberales Rezept zur Behandlung der nichtdeutschen Bevölkerung im deutschen Reich. Die „schwankenden Ergebnisse der Volkszählung“ die die Deutschen als Eindringel-Minderheit darstellen, werden vornehmlich ignoriert. Unangenehme und vom Standpunkt deutscher Kultur gewiß bedauerliche Thatsachen als nicht vorhanden anzusehen, anstatt sie vorsichtig zu berücksichtigen, ist sicherlich keine gute Politik. Wäre das kerngesunde deutsche Volk in Oesterreich überhaupt umzubringen, so hätte ihm die ausgeblasene Albernheit seiner Aerzte den letzten Stoß gegeben.

Die Tschechen haben mit ihrer Antwort nicht lange auf sich warten lassen. Sie erklären in den Wiener Blätter einstimmig das Programm der Deutschen für unannehmbar. Die gesetzliche Statuirung der deutschen Vermittlungssprache sei eine Maschinerie für die Deutsche als Staatsprache. Darauf lasse sich kein Tscheche ein. Die Taaf, Wadeni und Tshun haben die Tschechen anspruchsvoll gemacht, wie sollten sie nun anspruchlos sein?

Belgien.

Wie die „guten Christen“ hassen. Abbe Daëns, der Führer der christlichen Demokraten in Belgien, hat, wie wir im Brüsseler „Peuple“ (Volk) lesen, in einer Versammlung in Gent folgendes erschütternde Beispiel kirikal-kapitalistischer Verfolgungswuth erzählt: „In Alost hielt mich eines Tages auf der Straße ein fast achtzigjähriger Bauhandwerker an. Es war einige Tage vor der Wahl. Ein Anhänger Woestes, der es gesehen hatte, redete gleich darauf den Arbeiter an: Sie waren bei Daëns? — Ja, mein Herr. — Er sprach zu Ihnen von der Wahl? — Nein, Herr Daëns ist mein Freund, er hat kein Wort von der Wahl gesagt. — Sie lügen. Für wen stimmen Sie denn? — Mein Herr, die Wahl ist geheim, denke ich. — Sie sollen mir sagen, für wen Sie stimmen. — Nun gut. Ich stimme, wie mein Gewissen es mir eingeben wird. — Nach dieser Unterhaltung wurde der alte Mann auf das Unterherzige verfolgt; man beraubte ihn aller Unterstüßungen; man begab sich in die Häuser, wo er bisher Almosen empfing — kurz, ohne die Hilfe der Demokraten, selber arme Leute, wäre er verhungert. Er wurde krank und begab sich ins Hospital; aber wir — (es ist immer Daëns, der spricht) — wagten nicht, ihn zu besuchen, weil wir wußten, daß der politische Haß auch einige der Krankenschwestern ergriffen hatte. Als er den Tod kommen fühlte, ließ er uns holen und sprach zu uns: „Es ist schön von Ihnen, daß Sie kommen, den Andern, den Woestmann, der mir mein Brot gestohlen hat, den Elenden wird Gott wiederfinden.“ Indem er das sagte, hob er drohend die Hand und starb. Ich könnte, fügt Daëns hinzu, solche Beispiele noch mehr anführen.

Der „Peuple“ schreibt dazu: Vertragen sich solche Verbrechen mit dem Geiste der Religion, der Ordnung und des Staates? Wenn Gott, wie es der verhungerte Greis wünscht, die Ungeheuer nicht wiederfindet, das Volk wird sie wiederfinden und sein Gericht wird schwer auf ihnen lasten.

Frankreich.

Zu der Angelegenheit der französischen Handelskammer zu Brüssel ist dem „Siecle“ zufolge die französische Regierung mit der Haltung ihres Gesandten in Brüssel durchaus nicht einverstanden. Um jedoch den Konflikt nicht zu verschärfen, habe das Ministerium beschlossen, falls in der Kammer eine hierauf bezügliche Interpellation eingebracht werden sollte, die Betsagung um einen Monat zu verlangen.

Ballot-Beaupre hat Mittwoch Morgen dem Präsidenten des Kassationshofes Mazeau seinen Bericht betr. die Revision des Dreyfus-Prozesses übergeben.

Maßregelung eines Offiziers. Dem „Matin“ zufolge ist der Artillerieoffizier, der nach einer Meldung der „Liberte“ wegen Veröffentlichung von Artikeln in einer

Laufanner Zeitschrift disziplinarisch bestraft wurde, der Artilleriemajor Emile Mayer in Lille, der in der erwähnten Zeitschrift unter dem Pseudonym „Benjamin“ Artikel über das neue französische Artillerymaterial schrieb. Der betreffende Offizier wurde in Nichtaktivität versetzt. Diese Maßregelung, die der Abgeordnete Lafles kürzlich in der Deputirtenkammer verlangte, wird damit begründet, daß der Artikel Beleidigungen für das Heer enthielt.

Zu der Deputirtenkammer wünschte Mittwoch der nationalistische Abgeordnete Milevone die Regierung über die jüngsten Ruhestörungen in Grenoble zu interpellieren. Ministerpräsident Dupuy erwiderte, mehrere Personen seien verhaftet worden und würden demnächst vor Gericht gestellt werden. Auf Verlangen des Ministerpräsidenten wurde die Vertagung der Diskussion von der Kammer mit 374 gegen 66 Stimmen beschlossen. Darauf nahm die Kammer die Diskussion über die Interpellation betreffend Agier auf. Der Sozialist Rouanet griff heftig die Antifeministen an. Morinault, algerischer Deputirter, nannte ihn einen Feigling (heftiger Tumult). Nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist, ruft der Journalist Papillaud von seinem Platz auf der Journalistentribüne Rouanet zu: „Tavohl. Sie sind ein Feigling.“ (Erneuter Tumult.) Der Präsident ließ die betreffende Tribüne raumen. Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Rouanet, die algerischen Antifeministen möchten die Juden zum Nutzen einiger Ausländer ihrer französischen Bürgerrechte berauben. — Pascal Groussier beantragte, daß die Rede Rouanets in ganz Algerien angeschlagen werde, was jedoch mit 267 gegen 131 Stimmen abgelehnt wurde. Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Dänemark.

Die Arbeitgeber haben ihren wahren Beschluf durchgeführt. Die am 19. Mai beschlossene Arbeitseperte, die das gesamte Baugewerbe und die ganze Eisenindustrie Dänemarks betrifft, ist Mittwoch überall in Kraft getreten.

Rußland.

Wie man im Reich der Kunte und des Friedenszaren mit streikenden Arbeitern verfährt, davon giebt wieder der folgende, der „Berl. Zeitg.“ zugehende Bericht ein bezeichnendes Beispiel: In Sielce, einem Fabrikort in der Nähe von Dombrowo (Russisch Polen), brach Anfang dieses Monats ein Streik aus, an dem sich sämtliche 900 Arbeiter (darunter die Mehrzahl Frauen) beteiligten. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 10–20 Kopelen (20–40 Pfennig pro Tag). Trotzdem die Arbeiter ordnungsmäßig 15 Tage vorher gekündigt hatten — das Verlassen der Arbeit ohne vorhergehende Erlaubnis wird in Rußland mit Gefängnis bis zu 1 1/2 Monaten bestraft — und obgleich sie eine musterhafte Ruhe während des Streiks beobachteten, fühlte sich die Polizei veranlaßt, einzugreifen. Bereits am Tage nach dem Ausbruch des Streiks wurden Hausdurchsuchungen bei den Arbeitern vorgenommen. Am 7. Mai wurden ohne die geringste Veranlassung, nachdem von 60 Gendarmen und einer Sotnie (100) Kosaken sämtliche Arbeiterwohnungen durchsucht worden waren, in der Nacht 14 Verhaftungen vorgenommen. In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurden des Weiteren 10 Arbeiter verhaftet. Dienstag früh wurden die Streikenden unter Anwendung von Gewalt auf dem Friedhofe zusammengejagt und dort bis zum Mittag gefangen gehalten; nachdem noch 60 Verhaftungen vorgenommen worden waren, wurden die Arbeiter von den Kosaken, die mit scharf geladenen Karabinern die Leute bedrohten, wieder auseinander getrieben. Noch mehrere Tage begingen Kosaken und Gendarmen ähnliche Gewaltthaten. Als hierauf der Gouverneur Miller in Sielce erschien, bemühten sich die Arbeiter vergeblich, von ihm Gerechtigkeit zu erlangen; sie wurden im Gegentheil sogar mit neuen Gewaltmaßnahmen bedroht. Am 10. Mai sahen sich endlich 80 Prozent der Streikenden gezwungen, die Arbeit unter den vorigen Bedingungen wieder aufzunehmen.

Samoa.

Auf Samoa herrschte nach der „Köln. Ztg.“ auch noch bei Abgang der Post am 21. April vollständige Anarchie, das Geschütz- und Gewehrschießen hörte nicht auf. Die Verluste der Engländer und Amerikaner waren im Vergleich zu den geringen Verlusten der Mataafaleute ganz ungeheuer: 3 Offiziere, 1 Arzt, etwa 25 Matrosen und Seefoldaten, 2 Geschütze. Die Verwundeten sind dabei nicht eingerechnet. Mataafa hatte bis zum 21. April nur 9 Tode und eine geringe Anzahl Verwundeter verloren. Mit all ihren Verlusten hatten die Engländer militärisch gar nichts erreicht. Wie fünf Wochen vorher, als die Feindseligkeiten begannen, beherrschte Mataafa noch immer von seinen Stellungen aus die Hauptstadt Apia. Die Existenz der Stadt und das Leben sämtlicher Weißen hing vollständig von seinem guten Willen ab. Kein Vertreter der drei Mächte, so wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben, handelte nach den Weisungen seiner Regierung, abgesehen von den Deutschen, jeder führte auf eigene Rechnung und Gefahr Krieg und ließ nach Herzenslust rauben und morden; der leidende Theil waren die Samoaner und diejenigen Weißen, die ihr Geld in Samoa stecken haben, nämlich die Deutschen. Man war in Samoa schon ganz abgekumpft geworden gegen diese Greuel, bei denen die einzige Abwechslung darin bestand, daß die Verluste bald auf der einen, bald auf der andern Seite waren. Am meisten hatten die Tannuleute, die Freunde der Engländer, gelitten; ihre Tode und Verwundeten hatten fast

die Zahl 100 erreicht, während ihre ganze Partei, die die Engländer durch Gewalt und Drohungen der schlimmsten Art zusammengetrieben haben, nur 1300–1400 betrug. Die armen Leute waren bereits soweit, daß sie auf ihren sogenannten Feind, den englischen Konsul Magee, aufliegen, und daß es stundenlanges Ueberräubung und Ueberholung bedurfte, um sie immer wieder ins Gesicht gegen Mataafa zu führen. Die Engländer und Amerikaner waren durch ihre starken Verluste bereits kopfsüchtig geworden und gizar nicht mehr selbst vor, sondern nahmen hinter der Front Stellungen ein, von wo aus sie jeden Tann-Mann niederschleichen drohten, der vor den Mataafa-Leuten die Flucht ergreifen würde. Es blieb den Kerntzen also nur die Wahl, entweder von den Mataafa-Leuten oder von den Engländern todtgeschossen zu werden. Vorkäufig wählten sie nach vielem Zaudern immer noch das erstere. Viele von ihnen haben erklärt, sie wollten keinen Krieg mehr, sondern sich in ihre Boote setzen und nach Hause fahren, worauf ihnen die Engländer geantwortet haben sollen, dann würden sie mit den Kanonen der englischen Schiffe in Grund und Boden geschossen werden. So mußten diese 1300 Leute also weiter gegen 7000–8000 Mann Mataafas kämpfen. Die einzige Triebfeder dieses Massenmordes ist nach der „Köln. Ztg.“ der englische Konsul Magee.

Aufstellung Samoas? Aus New-York wird der „Intern. Corresp.“ berichtet: „Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat der Marine-Sekretär Long eine Denkschrift eingereicht, worin nachgewiesen wird, daß es im Interesse der maritimen Machtstellung der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean dringend geboten sei, eine der Samoa-Inseln gänzlich in Besitz zu nehmen und dort einen Kriegshafen ersten Ranges zu errichten. Hierzu würde sich am Besten Pago-Pago eignen. Mac Kinley wird voraussichtlich die Denkschrift dem zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufenden Kongreß vorlegen und auf Grund dessen die Theilung der Samoa-Inseln zwischen den drei Schutzmächten vorschlagen.“

Spanien.

Die republikanische Bewegung wächst in aller Stille, aber stetig an. Bei den letzten Kammerwahlen kam das allerdings nicht zum Ausdruck, denn der Wahlapparat der Regierung arbeitete mit Hochdruck, wobei ihm die Gleichgültigkeit der Massen gegenüber dem Parlament zu statten kam. Dagegen brachten die am 14. Mai vorgenommenen Gemeinbewahlen, die bei der Bevölkerung viel lebhafteres Interesse hervorriefen, den Republikanern überraschende Erfolge. In verschiedenen bedeutenden Städten und Ortschaften, wie Valencia, Tarragona, Gerona, Leon, Sagronno, Guadafajara, Menorca, Castellon de la Plana, Reus, Ferrol u. s. w. sind die Herren der Gemeindeverwaltung, in anderen, wie Madrid, Barcelona, Bilbao, Sevilla und Malaga sind sie zahlreich vertreten. Die monarchistischen Blätter haben nicht ohne Besorgniß dieses Verhältniß hervor, und die Liberalen meinen, es sei hervorgerufen worden durch die allgemeine Abneigung, welche die ultramontan-reaktionären Bestrebungen der Regierung einflößen. Herr Dato, der Minister des Innern, glaubte dieser Auffassung entgegenzutreten zu müssen und erklärte in einer offiziellen Note, die Republikaner hätten bloß 380 Kandidaten durchgebracht, während vor zwei Jahren 428 Anhänger dieser Partei in die Gemeinderäthe gewählt worden seien. Man fragt sich vergebens, wo Herr Dato jene Zahl 380 hergenommen hat, da nachgerufen werden kann, daß allein in Katalonien über 600 Republikaner in die Gemeinderäthe gewählt sind.

Amerika.

Amerikanische Zwangsmassregeln gegen Nicaragua. Seit Dienstag laufen in Washington unkontrollierbare Gerüchte um, die zwar auch kaum der Wahrheit entsprechen, aber doch bezeichnend sind für die Fortschritte des militaristischen und jingoistischen Geistes in der Union. Die Regierung hat den Kreuzer „Detroit“ nach Bluefields entsandt, um die Nicaraguer zur Rückerstattung gewisser Zollgelder zu „überreden“, die deren Regierung angeblich rechtswidrig zu erstatten sich weigert, weil diese Höhe von „Rebellen“ erhoben seien. Es heißt nun, die „Detroit“ habe eine zwölfstündige Frist gestellt und darauf kurzer Hand ein Kanonenboot der Republik in den Grund geschossen. Das Kanonenboot „Vigen“ ist gleichfalls nach Bluefields abgegangen.

Lübeck und Nachbargebiete.

28. Mai.

Achtung, Hafnarbeiter und Seelente! In Stettin ist Streit ausgebrochen, Buzug ist fernzuhalten!

Wißt Ihr nichts Besseres? Die „Lüb. Anz.“ erinnert sich einmal wieder, daß der „Lüb. Volks.“ existirt. Sie weisen ihn ganz gewissenhaft und ernsthaft darauf hin, daß in der französischen Stadt Dijon, die nicht ganz so groß ist, wie Lübeck, der Bürgermeister, welcher „Sozialdemokrat“ ist, den Präsidenten Loubet offiziell empfangen, ja, daß er sogar an den im Kriege erwiefenen Heldenmuth in seiner Ansprache erinnert habe. Wir kennen leider die Parteiverhältnisse Dijons nicht so genau, wie die anscheinend weit gereisten Herren im Adresshause, wir können unmöglich wissen, ob ihre Angaben richtig sind, oder ob ihr oft Lügen gestrafter Schweineburg auch hier log. Doch nehmen wir an: es ist, wie es schwarz auf weiß in den „Lüb. Anz.“ steht. Wir wollen nicht nach Frankreich schweifen, wir wollen von unserem

großen einigen Deutschland reden! Würde hier überhaupt ein sozialdemokratischer Bürgermeister möglich sein?? Schaffe man doch z. B. in Lübeck einmal das SS. W. Wahlrecht ab und probire, was dann ein sozialdemokratischer Bürgermeister Alles verbuchen würde! Doubel, der Regent der „Republik“ Frankreich, „erniedrigte“ sich — das wäre echt deutscher Jargon! — soweit, sich von einem III Sozi empfangen zu lassen, in Deutschland genirte sich bis vor Kurzem zum Beispiel die gutgesinnte Lübecker Presse, den Titel des sozialdemokratischen Lokalsblattes zu erwähnen! Ein Zeichen, wie sehr recht Diejenigen haben, die da sagen, Deutschland sei drei Meilen hinter den Russen zurück ist. Und von den Kriegsoffizieren hat der Bürgermeister von Dijon geredet. Ja, das haben Lübecker Sozialdemokraten auch schon gethan, wie wir den „Neulingen“ verrathen können. Vor einem Jahre, als die Wahl vor der Thür stand, erinnerten wir unsere Herren Nationalliberalen daran, daß 1870/71 auch manche Sozialdemokraten ihr Blut und Leben für das Vaterland geopfert hätten, wir betonten energisch, daß die chauvinistische Phrase die stille Heldenthat nicht zu übertreffen im Stande sei — und was war die Antwort der „Patrioten“? Sie schimpften wie die Kohrspäßen und benahmten sich gerade so blödelhaft, wie heute die journalistischen Stützen des nationalen Liberalismus. Wir haben damals Selbe gesponnen bei dieser Art von Gegnern, geht es so weiter, so werden unsere Geschäfte noch besser floriren. Dank sei dem vom Amtsblatte belobigten Bürgermeister von Dijon!

Eine öffentliche Versammlung aller an und auf dem Wasser beschäftigten Personen findet am Sonnabend Abend in den „Centralhallen“ statt. Referent ist Genosse Döring, Schauer- mann und Mitglied des Vorstandes der Hafnarbeiter in Hamburg. Es handelt sich um die Gründung einer Sektion „Lastadie- arbeiter“. Es wird erwartet, daß nicht nur alle Beteiligten erscheinen, sondern daß auch die übrigen Arbeiter Lübecks dafür sorgen werden, daß alle in Frage kommenden Personen an der überaus wichtigen Versammlung teilnehmen.

— Trauriges Schicksal. Vor längerer Zeit erlitt der Schauer- mann L. beim Wägen von Steinen einen doppelten Entschluß. Er mußte daher in das Allgemeine Krankenhaus geschafft werden. Dort scheint den als ruhig und solide bekannten Mann, welcher am Hafen als Vor- arbeiter fungirt, die Lage um seine zahlreiche Familie und seine Zukunft derart verwirrt zu haben, daß er die

Ueberlegung verlor. Ein vor einiger Zeit an Bekannte gerichteter Brief deutete darauf hin. Als er aus dem Krankenhaus in seine Wohnung zurückgeschafft wurde, um ihn in die alten Verhältnisse zurück und auf andere Gedanken zu bringen, schien er anfangs sich zu beruhigen, nach kurzer Zeit wurde jedoch sein Verhalten ein derartiges, daß er in das Irrenhaus überführt werden mußte. Wir wollen hoffen, daß es der Kunst der Ärzte und sachgemäßer Behandlung gelingen wird, den Be- dauernswerthen zu helfen und seiner Familie und seinem Berufe zurückzugeben.

— Zum Kapitel „Sozialreform“. Eine überaus schwere Arbeit haben, wie wir dieser Tage zu beobachten Gelegenheit hatten, die Flußschiffer zu verrichten, welche in Götthum und Riez anfahren. Der Weg, welchen sie mit schwerbeladener Karre von der Grube zum Bahn zurücklegen haben, ist ein so übermäßig langer, daß nur robuste Naturen der Aufgabe gewachsen sein können. Deshalb legt der Staat, der doch sicher an gebrauchten Gleisen und Lowrys keinen Mangel hat, keinen Schienen- weg an? Wir sind fest davon überzeugt, daß er nicht nur dabei profitiren, sondern vor Allem auch die Gesundheit der von ihm beschäftigten Arbeiter bedeutend schonen würde.

Zu bürgerlichen Deputirten bei der Einquartie- rungskammer für die Stadt hat der Senat er- wählt: J. C. G. Bernhöft an Stelle des abtretenden J. J. Burmeister (Vorstadt St. Gertrud), W. W. Herm- berg an Stelle des abtretenden L. P. V. Lindberg (Vorstadt St. Jürgen) und den abtretenden J. C. Th. Buhrmann (Salohi-Quartier), sowie bei der Nau- deputationen abtretenden Ed. F. W. Habe wieder erwählt.

Schutz der Ufer der Hafen- und Kanalstraße. Das Betreten der Leinpfadbüschungen, Bermen und Reih- pflanzungen an der Hafen- und Kanalstraße von der Trape aufwärts, sowie das Viehhüten und Futterstreuen daselbst wird verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Schiffverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen 35 Dampfer, 14 Segler ein, ausgelaufen sind 34 Dampfer, 35 Segler, davon 3 resp. 8 leer oder in Ballast.

Klappen zu! An lebendem Vieh wurden in der vorigen Woche 2 Minder fremwärts importirt — vom J. Lande.

Den belgischen Bergarbeiterstreik fruchtigirt das Amtsblatt, anknüpfend an eine Notiz des „Vor- wärts“, in der es heißt, daß die eigentlichen Sieger angesichts der geringen Konzeptionen die Unternehm- er seien. Gewiß, die im Ueberfluß schwimmenden Gruben- könige sind gut gefahren, sie, die „Syänen des Industrie- schlachtfeldes“ triumphiren, sie saugen ihren verdoppelten Profit aus den Knochen ihrer Lohnsklaven. Ist das etwas Neues? Die paar Sous, welche sie bewilligten, schlagen sie schon wieder heraus. Das sehen wir ja auch in Lübeck. Ein Mann — ein Wort haben die von Advokaten berathenen Arbeitgeber längst verlernt!

Die Verordnung, betreffend den Betrieb von Getreidemöhlern, welche am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, wird heute im Amtsblatt veröffentlicht. Den Inhalt der Verordnung haben wir bereits vor einiger Zeit wiedergegeben.

Waffenhaus. Die Verwaltung ist mit dem heutigen Tage auf Herrn Kraft Tesdorpf übergegangen.

Kostoc. Doppel- Selbstmord. Erschossen haben sich Pfingsten in den Sildemower Tannen ein Maler und ein Student der Rechte aus Schwerin.

Haberleben. Hausknecht-Chronik. Zwei weitere Verbrecher, eine Haushälterin und ein Dienst- junge, haben für die Bestattung ihrer Arbeitgeber büßen müssen.

Hamburg. Am 17. Biehungstage der 7. Klasse der 815. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nach- stehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 10880	114495	mit je 10 000 M.	Nr. 30281	71889	mit je 5000 M.
Nr. 12308	22882	52448	100610	mit je 3000 M.	Nr. 10880
20994	28146	30171	32897	38473	47214
102558	mit je 2000 M.	Nr. 7030	7678	16484	18576
19376	20367	28882	33897	39272	41151
59243	68921	71943	73682	77372	78729
88260	91621	92219	92882	101749	101907
103251	108107	108823	110225	mit je 1000 M.	

(Ohne Gewähr.)

Steinhaus-Viehmarkt. Samstag, 24. Mai

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 1640 Stüd. Preise: Verlandsschweine, schw. r. 45—47 M., leichte 48—50 M., Sauen 40—44 M. und Ferkel 47—49 M. pr. 100 Pfd.

Der Rälberhandel verlief gut. Angeführt wurden 1110 Stüd. Preise: Weite 94—105 M., geringere 85—88 M. pr. 100 Pfd.

Tabak u. Cigarren Nordhäuser Rolltabak C. Wittfoot

von Grimm & Triepel und von Kneiff. Pfeifen. Cigaretten. Spazierstöde. Süßstraße 18

Durch die glückliche Geburt eines Knaben wurden hocherfreut
Paul Drauschke und Frau.
Allen Freunden und Bekannten zur Nach- richt, daß unser Colleague
Franz Schülke
Freitag den 26. d. M., Morgens 9 Uhr, vom Allgemeinen Gottesacker aus beerdigt wird. Derselbe war Mitglied des Fabrik- arbeiter-Verbandes.
Um rege Theilnahme bittet
Sein Freund **Georg Bauer.**
Herrn **Busch und Frau,** Wahnstraße, zu ihrer am 25. Mai stattfindenden Silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche!
Per sofort ein junges Dienstmädchen
Königsstraße 14.
Gesucht sofort ein tücht. Malergehülfe.
Hans Blöcker, Mengstraße 41.
Tüchtige Malergehülfe sucht sofort
Gust. Behnecke, Catharinenstraße 9.
Gesucht für Sonntags ein Kellner
2. Wallstraße 36.
Alleinst. Frau od. ält. Mädchen
zur Führung eines Haushaltes bei Kindern zu sofort gesucht. Näheres
Focksbürger Allee 94.

Wirklich starke Sommer-Jackets und Hosen

sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben und Leinwandwaren empfiehlt
Carl Herm. Mich. Stave
4 Weiter Frambuden 4. zwischen Markt und Marienkirche.
Gegründet 1821.

A. L. MOHR'sche neue Margarine

„MOHRA“

spritzt nicht, wie andere Margarine
bräunt genau, wie feinste Naturbutter
schäumt genau, wie feinste Naturbutter
duftet genau, wie feinste Naturbutter
ist genau so ausgiebig, wie feinste Naturbutter
ist genau so feinschmeckend, wie feinste Naturbutter.

Beim Einkauf von „MOHRA“ achte man gefl. darauf, dass der Name „MOHRA“ an jedem Gebinde sichtbar ist.

Ein großer Vorrath
Holsteiner Bruchkäse
sehr schöner Geschmack, Pfund 10 Pfg.
bei Parthien billiger empfiehlt
August Jensen
Sartengrube 21.

Gesangverein
„Eintracht“

Ausflug nach Mölln
am Sonntag den 4. Juni
Abfahrt Vormittags 10 Uhr 50 Minuten.
Rückfahrt Abends 10 Uhr 55 Minuten.
Mitgliedskarten sind zu haben bei dem Vater
Hämüller, Meißnerstraße 19, und Sonnabends
von 9 Uhr im „Vereinshaus“.
Mitglieder müssen ihre Karten bis zum 31. Mai
gelöst haben.
Für Nichtmitglieder bei: **C. Wittfoot,** Süß-
straße 18, **Speitmann,** Adlerstraße 28,
Brühse, Hundestraße 20.

Zugänger
zu verkaufen.
Chr. Hess, Mori.

Folkers'
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfehlend
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Polsterwaren, vom einfachsten bis zum
eleganteren, zu billigen Preisen.

Empfehlungs-Karten
befert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Öffentl. Versammlung

für
alle an u. auf dem Wasser beschäftigten Arbeiter
(Lastadie- u. Kohlenarbeiter, Schauerleute u. Flußschiffer etc. etc.)
am Sonnabend den 27. Mai, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Dürkop, „Central-Hallen“.

Tages-Ordnung:
1. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent: **J. Döring-Hamburg.**
2. Gründung einer Section des Hafnarbeiter-Verbandes: „Lastadie-Arbeiter“.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Schöne Eierkartoffeln
Faß 40 Pfg. empfiehlt
W. Froh, Schützenstraße 35 a.
Zu verkaufen ein **Zugänger**
Arminstraße 26.

Für Kenner!
Feinste 5 Pfg.-Cigarre
J. Höppner, Wielandstraße 9 a.

Tivoli-Theater.
Freitag den 26. Mai
Die Tochter Bellias.
Original-Lustspiel in 5 Akten von R. Kneiff.
Cassendöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

